

Rede von Joachim Schramm

auf der Friedenskundgebung des Wittener Friedensforums am 22. September

11 Tage ist es nun her, das die schrecklichen Anschläge in den USA stattfanden, tausende Menschen in den Tod rissen und bei ihren Freunden und Verwandten Leid und Trauer hervorriefen. Diesen Opfern galt und gilt unser Mitgefühl. Die zuvor befürchteten Zahlen von mehreren zehntausend Toten hat sich zum Glück nicht bewahrheitet. Dennoch ist auch eine Zahl von über 6000 Menschen, die innerhalb weniger Minuten ihr Leben verloren, eine schreckliche Vorstellung.

Wie schrecklich ist dann erst die Vorstellung, dass Tag für Tag auf dieser Erde mehrere zehntausend Menschen an Unterernährung sterben und wir dies kaum zur Kenntnis nehmen. Diese Zahl nannte der bekannte Friedensforscher Johan Galtung in diesen Tagen. Galtung wollte damit nicht den Anschlag in Amerika verharmlosen, aber er wollte uns auf die unterschiedlichen Sichtweisen aufmerksam machen, mit denen wir Tragödien wahrnehmen.

Die sehr emotionale Sichtweise der Anschläge von New York und Washington, wie sie uns auch heute noch durch die Medien vermittelt wird und von unseren Politikern untermauert wird, treibt uns in diesen Tagen auf einen Krieg zu. Als hätten sie durch ihren Tod nicht schon genug gelitten, müssen die Opfer der Anschläge erhalten als Begründung für einen "Kreuzzug", wie George Bush die geplante Militärschläge nannte.

Phyllis und Orlando Rodriguez, Eltern eines der Opfer aus dem World Trade Center, schrieben in diesen Tagen an den Präsidenten Bush folgende Worte: Your Response to this attack does not make us feel better about our sons death. It makes us feel worse. It makes us feel, that our government is using our sons memory as a Justification to cause suffering for other.

Ich habe versucht, diese Zeilen an den US-Präsidenten zu übersetzen: Ihre Antwort auf diese Anschläge führt nicht dazu, dass wir uns angesichts des Todes unseres Sohnes besser fühlen. Es führt dazu, dass wir uns schlechter fühlen. Es führt dazu, dass wir fühlen, dass unsere Regierung die Erinnerung an unseren Sohn zur Rechtfertigung braucht, um anderen Leid zuzufügen.

Viele Menschen haben in diesen Tagen Angst vor einem Krieg. Diese Angst wird unter anderem dadurch hervorgerufen, dass dieser Krieg fast etwas unausweichliches zu haben scheint. Von Zwangsläufigkeiten wird in diesen Tagen viel geredet. Auf den Anschlag auf das WTC muß zwangsläufig Vergeltung folgen, Vergeltung hin bis zur Auslöschung anderer Staaten, wie aus dem Weißen Haus zu vernehmen war. Weil die USA diesen Anschlag als Kriegshandlung einstufen, muss die NATO zwangsläufig den Bündnisfall beschließen. Wenn die NATO den Bündnisfall beschließt, muss die Bundesrepublik zwangsläufig auch militärisch mitmachen. Wenn die Bundesregierung dies beschließt, müssen wir alle durch mehr Steuern dies unterstützen und bezahlen. Und dann müssen deutsche Soldaten zwangsläufig auch töten und getötet werden.

Wo sind diese Zwangsläufigkeiten niedergeschrieben, wer von uns hat sie beschlossen, in welchem Gesetz sind sie festgelegt? Wir weisen solche Zwangsläufigkeiten zurück!

Schauen wir uns die angeblichen Zwangsläufigkeiten an. Der Zwang zur Vergeltung: Das in den USA, als ein Land, dass immer noch die Todesstrafe anwendet, nach Vergeltung gerufen wird, ist nicht unbedingt verwunderlich. Doch es ist deshalb noch lange nicht richtig. Vergeltung macht niemanden lebendig, Vergeltung schreckt niemanden ab, der eh zum Tod entschlossen ist. Vergeltung fordert ihrerseits Opfer, bereitet den Nährboden für weitere Gewalt. Ich zitiere aus einer Erklärung der katholischen Organisation Justica et Pax: "Ein Handeln aus dem Bedürfnis nach Rache ist weder moralisch akzeptabel noch Ausdruck politischer Klugheit. Es widerspricht sowohl den im Rahmen der UNO festgelegten völkerrechtlichen Normen als auch den Prinzipien christlicher Moral."

Das Völkerrecht, daran sei hier erinnert, wurde nach den Schrecken des II.WK vereinbart und festgelegt, um willkürlichen kriegerischen Handlungen von Staaten einen zumindest rechtlichen Riegel vorzuschieben. Gerade kleine Länder sollten vor der Willkür der großen geschützt werden. Wer sich heute - und das

auch noch angeblich im Namen der Zivilisation - über diese Rechtsnormen hinwegsetzt, und - nicht etwa zur Verteidigung sondern als Vergeltung - andere Staaten angreifen will, tritt eine der wichtigsten zivilisatorischen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts mit Füßen.

Die zweite Zwangsläufigkeit ist die Ausrufung des Bündnisfalls der NATO. Der Bündnisfall setzt voraus, dass ein Mitgliedsland von einem anderen Land angegriffen wurde. Ist dies hier geschehen? Bisher fehlt ein Beweis, dass ein oder mehrere Staaten diesen Terrorakt bewußt unterstützt oder sogar angeleitet haben, und somit fehlt auch die rechtliche Grundlage solchen Staat einen konkreten Angriff auf Amerika vorhalten zu können. Von all diesen notwendigen Beweisen sind Polizei und Geheimdienste in den USA bisher weit entfernt.

Wo liegt also die Basis für die Ausrufung des Bündnisfall und der damit geschürten Entwicklung hin zum Krieg. Die Mehrzahl der Medien tut so, als wären die Täter und all ihre Unterstützer längst entlarvt und verurteilt. Was fehlt, ist scheinbar nur noch die Strafe. Noch einmal aus der Erklärung von Justicia et Pax: "Die Art und Weise, wie über die krisenhafte Entwicklung öffentlich geredet wird, wirkt an vielen Stellen selbst eskalierend. Die mittlerweile in Politik und Medien gängige Rede von Krieg, Feldzug ja gar Kreuzzug, die es zu führen gelte, bildet eine unverantwortliche und verfälschende Verzerrung. Darin spiegelt sich eine Mentalität wieder die in keiner Weise den Geboten angemessener politischer Analyse und Führung entspricht."

Zur nächsten angeblichen Zwangsläufigkeit. Der deutsche Bundestag hat in dieser Woche mit großer Mehrheit die bedingungslose, also auch militärische Unterstützung der USA bei deren Aktionen beschlossen. Schon im Vorfeld verwiesen Kommentatoren auf die Parallelität zur Situation 1914, wo angeblich auch die europäischen Staaten zwangsläufig in den ersten Weltkrieg rutschen. Selbst wenn diese beschönigende Sichtweise auf die Ursachen des I. WK falsch ist, sollten wir nicht wenigstens 90 Jahre später daraus gelernt haben und solche "Automatismen" weit von uns weisen. Doch die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten scheint im Fach Geschichte gefehlt zu haben.

Bundestagsparteien, die sich wegen formal bestehender Bündnisverpflichtungen vor den Karren obskurer Vergeltungsansprüche spannen lassen, werden entweder ihrer Verantwortung für dieses Land in keiner Weise gerecht oder sie verfolgen selbst machtpolitische Ziele, für die ihnen jedes Mittel recht ist.

Und damit zur letzten Zwangsläufigkeit. Seit Mittwoch liegen die Pläne auf dem Tisch, dass wir alle diese militärischen Entwicklungen tatkräftig unterstützen sollen, mit der Zahlung einer Sondersteuer, mit der unter dem Deckmantel der Terroristenbekämpfung hauptsächlich die Bundeswehr für Kriegseinsätze fitgemacht werden soll. Zwangsläufig unterstützen wir alle also demnächst noch mehr als bisher kriegerische Aktionen. Und genauso zwangsläufig ziehen die Soldaten der Bundeswehr in Kriegseinsätze, die mit Verteidigung dieses Landes nicht zu tun haben. Von 35.000 Bundeswehrsoldaten ist die Rede, die zur Verfügung gestellt werden sollen. Gegen diese Zwangsläufigkeit hat der Schriftsteller Wolfgang Borchert nach seinen Erfahrungen mit den Schrecken des II. WK schon vor über 50 Jahren ein Gedicht geschrieben, das viele vielleicht kennen. Es ist ein Gedicht gegen die Zwangsläufigkeit, und auf die heutige Zeit umgewandelt würde es heißen: "Du Bundesbürger, wenn sie dir heute befehlen, Du sollst neue Steuern zahlen für neue Kriege, dann gibt es nur eins: Sag NEIN."

Und auch den Bundestagsabgeordneten, die in den nächsten Tagen wahrscheinlich über einen Einsatz der Bundeswehr entscheiden müssen, gelten die Worte Borchers. Und wir rufen sie auch von hier aus auf, Weitsicht, Gewissen und Mut zu beweisen und NEIN zu sagen zu einer deutschen Kriegsbeteiligung.

Nicht zuletzt den Soldaten, die man eventuell bald nach Afghanistan oder nach Libyen oder wo immer hin schicken will, geben wir den Gedanken von Wolfgang Borchert mit: Wir selber sind für unser Tun verantwortlich und müssen entscheiden, wo und wann wir nicht mehr mitmachen, wo wir NEIN sagen. Und wir fordern sie hier und heute auf: Verweigert alle Kriegsdienste!

Nun höre ich einige empört fragen: Aber sollen wir denn die Terroristen ungeschoren davon kommen lassen? Dies ist nicht die entscheidende Frage, vor der wir stehen. Sicherlich müssen die Täter und ihre konkreten Helfer gesucht, einem Prozess unterzogen und einer Strafe zugeführt werden. Doch die eigentlich

wichtige Frage ist, wie wir verhindern, dass neue und mehr Terroristen Verständnis, Duldung oder auch Unterstützung in Ländern der dritten Welt erfahren.

Der Friedensforscher Galtung hat sich auch dazu geäußert und gesagt: diese Angelegenheit sei nicht mit einem Krieg zu lösen. Selbst wenn man Bin Laden tötet, entstünden zehn neue Bin Ladens. Und Galtung spricht von der globalen Dimension des Problems und sagt wörtlich: "Der globale Konflikt ist ein Klassenkonflikt zwischen armen und reichen Ländern, armen und reichen Menschen. Es ist kein Konflikt zwischen Zivilisationen." Es geht also nicht um den einzelnen Terroristen oder ein Netzwerk. Es geht um die eingeschränkte Lebenssituation vieler Menschen. In Pakistan demonstrieren in diesen Tagen Tausende gegen die USA und für Bin Laden, obwohl ihre Regierung die USA unterstützt. Das tun sie nicht, weil sie Muslime sind, sondern weil sie sich auf der Verliererseite sehen, bei der Aufteilung der Welt in arm und reich. Und deshalb sind für sie Leute wie Bin Laden, der den mächtigsten Staat der Welt herausfordert, ob nun nur mit Worten oder wie bisher nicht bewiesen durch die Anschläge letzter Woche, solche Menschen sind für sie Helden.

Die G7 Staaten maßen sich an, über die Geschicke der ganzen Welt zu bestimmen. Die UNO, die über lange Jahre zumindest formal ein gleichberechtigtes Forum aller Staaten dieser Erde war, wird von den USA und der NATO immer mehr in die Statistenrolle gedrängt. Auch damit signalisiert der Westen die Missachtung der übrigen Länder der Welt.

Die Antwort auf den Terror kann nur ein Umdenken sein. Ein Umdenken hin zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, wie sie auch von den Globalisierungskritikern gefordert wird und die die Reichtumslücke zwischen den G7 und den restlichen Staaten verringert. Noch einmal ein Zitat von Justicia et Pax: "Auf lange Sicht wird es darauf ankommen, zu einer neuen Weltordnungspolitik zu finden, die nicht allein vom Westen dominiert ist, sondern in welcher die legitimen Interessen aller Erdteile und Regionen berücksichtigt werden."

Solche zukunftsweisenden Gedanken hört man von den Politikern in Berlin in diesen Tagen wenig. Und wenn man sie hört, sind sie nicht mit Handlungskonzepten oder gar Taten verbunden. Andere Taten werden jedoch sehr konkret vorbereitet, nämlich die militärischen. Der Bundeswehreininsatz wird sehr konkret vorbereitet. Und deshalb traue ich denjenigen nicht, die davon sprechen, das neben den militärischen auch politische und ökonomische Antworten auf den Terror gefunden werden müssen. Wer es ehrlich meint mit politischen und wirtschaftlichen Konzepten gegen die Armut, den Hunger und die Unterdrückung und damit auch gegen den Terrorismus, der muß jetzt nein sagen zum Krieg! Denn wenn ich mit dem militärischen Knüppel das Porzellan zerschlagen habe, brauche ich mir hinterher keine Gedanken darüber zu machen, wie ich es bunt anmale und sauber poliere!

Ebenfalls sehr konkret wird man bereits bei der Verschärfung von Gesetzen. Von der Einschränkung des Datenschutzes ist die Rede und auch von der Aktivierung der Notstandsgesetze aus den späten sechziger Jahren. Und wie immer in solchen Fällen werden auch die Auswirkungen neuer Anti-Terror-Gesetze einschränkender für uns alle sein als für Terroristen. Auf der einen Seite wird berichtet, wie unerkannt und unauffällig die Attentäter zwischen uns gelebt haben und auf der anderen Seite meint man, mit mehr Überwachung und Einschränkungen in Zukunft solche Taten verhindern zu können. Law and order ist angesagt, der Schutz der Freiheit führt zur Einschränkung der Freiheit. Auch hier ist Eile ein schlechter Ratgeber und verhilft den konservativen Kreisen von Beckstein bis Schily zur Umsetzung ihrer antidemokratischen Ideen.

Der Anschlag von New York und Washington und unsere Betroffenheit über den Tod der Tausenden versuchen Politiker in den USA und bei uns zur Durchsetzung von Machtinteressen und rückwärtsgerichteter Politikkonzepte zu nutzen. Sagen wir dazu laut und deutlich NEIN!

Auch wenn es so scheint, als könne nicht die USA mehr aufhalten, fordern wir die Bundesregierung auf, alles zu unternehmen, um diese Militäraktionen zu stoppen. Und wir wenden uns entschieden gegen eine deutsche Unterstützung solcher Kriegsaktionen. Lassen wir nicht zu, dass mit Unterstützung unseres Landes Krieg geführt wird, ein Krieg dessen Folgen niemand abschätzen kann. Sagen wir NEIN zur Beteili-

gung der Bundesrepublik an Militäraktionen, sagen wir NEIN zu sinnlosen Vergeltungsaktionen.

Lassen wir uns nicht einspannen in einen Kampf der Kulturen, wie in einige schon seit Jahren beschören und uns einreden wollen. Gehen wir aufeinander zu, egal ob und an welchen Gott wir glauben, egal welche Hautfarbe wir haben. Sagen wir JA zum Dialog und zum Austausch der Kulturen.

Und sagen wir JA zu einem wirtschaftlichen Umdenken, weg von einer Globalisierung der Konkurrenz und der Ausgrenzung hin zu einer globalen Bewegung des wirtschaftlichen und soziale Ausgleichs und der Gerechtigkeit in Nord und Süd.